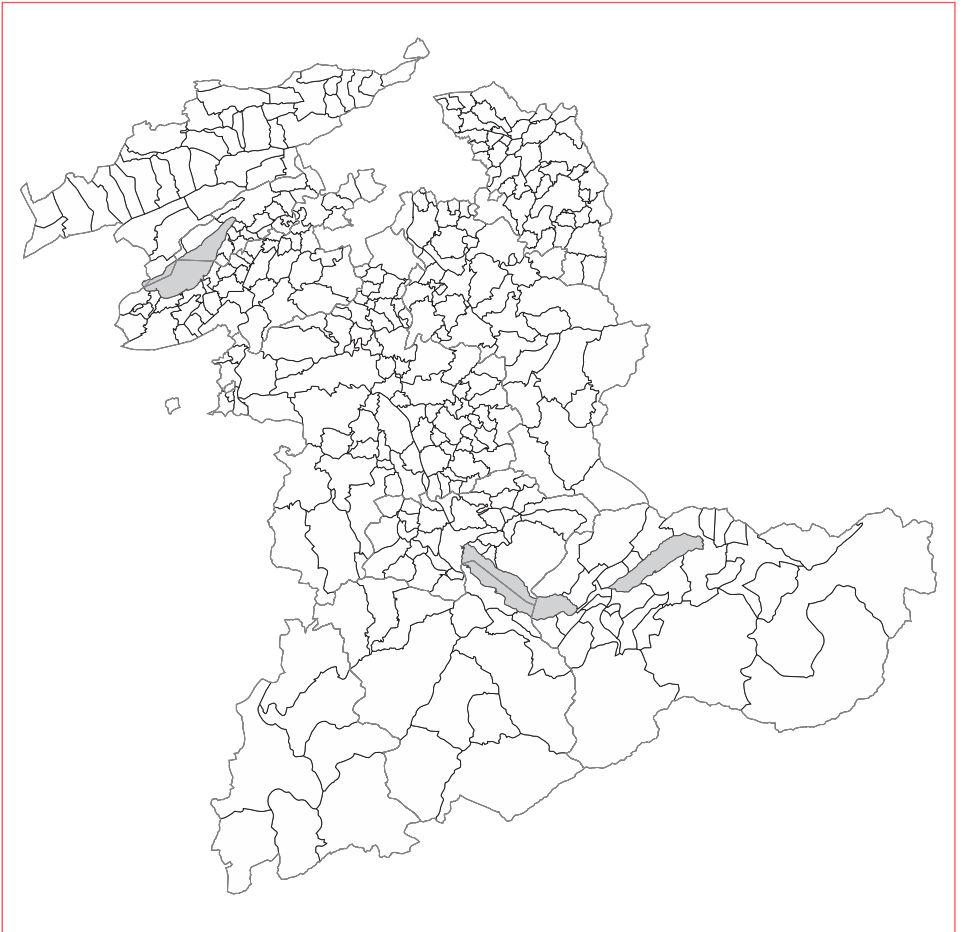


Verband Bernischer Gemeinden VBG
Association des Communes Bernoises ACB

INFO 3/2024



Wo Partnerschaft Vertrauen schafft

Die Previs Vorsorge überzeugt mit einem flexiblen Vorsorgeangebot, persönlicher Kundenbetreuung und erstklassiger Servicequalität.

Seit Jahrzehnten eine etablierte Partnerschaft:
Verband Bernischer Gemeinden VBG
und Previs Vorsorge

www.previs.ch



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Präsidenten	2
Editorial du président	7
Wichtige Geschäfte	10
Les principaux dossiers en cours	14
Digitale Festwirtschaftsbewilligung in Spiez: «Veranstaltende werden Schritt für Schritt digital geführt»	19
Demande d'établissement occasionnel à Spiez: «Les personnes requérantes sont guidées tout au long du processus numérique»	22
«Shared Mobility Booster» – für mehr geteilte Mobilität in Städten und Gemeinden	25
« Shared Mobility Booster » – pour plus de mobilité partagée dans les villes et les communes	28
Porträt der Gemeinde Adelboden	31
Interview mit Gemeinderatspräsident Willy Schranz	36
Veranstaltungshinweise / Manifestations 2025	38

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Bernischer Gemeinden VBG

Kornhausplatz 11, Postfach 568, 3000 Bern 8

Telefon 031 311 08 08, Telefax 031 312 24 64

vbg@recht-governance.ch

acb@recht-governance.ch

Präsident

Daniel Bichsel

Geschäftsführer

Jürg Wichtermann

Redaktion

Monika Gerber

Übersetzung

Roxane Jacobi, Biel/Bienne

Druck

Hansen Druck, 3001 Bern

Auflage

600 Exemplare

Redaktionsschluss Info 1 / 25

26. März 2025

VORWORT DES PRÄSIDENTEN



Daniel Bichsel
VBG-Präsident

Lesen Sie noch Zeitungen? Immerhin haben Sie das VBG-Info aufgeschlagen... Der Konsum von Medien hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Das herkömmliche Abonnement für die Regionalzeitung, die jeden Morgen im Briefkasten liegt, ist ein Auslaufmodell. Das mag man bedauern oder auch nicht. Für die Gemeinden ist das nicht weiter von Belang, solange die Informationen auf anderen Wegen an die Bevölkerung gelangen. Ob gedruckt auf Papier im Briefkasten vor dem Haus oder zerstückelt in Bits und Bytes in der elektronischen Inbox, spielt keine Rolle. Wichtig ist nur, dass Informationen fließen, dass ein Austausch stattfindet zwischen Verwaltung und Bevölkerung, zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern.

Eine Gemeinde lebt von den unterschiedlichsten Beziehungen, die in einer Ge-

meinschaft vorkommen. Gelebte Beziehungen sind aber nur möglich, wenn kommuniziert wird. Ohne Information und Kommunikation ist kein Austausch möglich, es kann kein gegenseitiges Verständnis entstehen und letztlich auch kein Vertrauen.

Seit es Zeitungen gab – also seit gut zwei Jahrhunderten – haben die Medien die Rolle des Ermitteln von Informationen und des Vermitteln an das Publikum wahrgenommen. Sie haben sich mit den nachbarschaftlichen Lebensräumen und den Rahmenbedingungen des Zusammenlebens in den Gemeinden beschäftigt und diese auch hinterfragt. Damit ist es heute vielerorts weitgehend vorbei. Lokalzeitungen werden eingestellt oder fusioniert, die Umfänge reduziert, die Redaktionen ausgedünnt. Neuerdings hat die Schrumpfkur auch elektronische Newskanäle ergriffen.

Viel beunruhigender als der Wechsel von der gedruckten in die digitale Medienwelt muss deshalb sein, dass sich die Medien zusehends und immer rasanter ganz aus der Welt der Gemeinden verabschieden. Berichterstattung über die Gemeindeversammlung?

Höchstens ganz ausnahmsweise, wenn es einmal ganz bunt zu und her geht. Neues aus dem Gemeinderat? Fehl-anzeige. Die Folge davon: «Ohne Lokal- und Regionaljournalismus findet diese Auseinandersetzung mit der eigenen Lebenswelt nicht mehr statt, es kommt zu einer «Entöffentlichung» der Gesellschaft. In der Region sinkt das Gemeinschaftsgefühl und damit die Motivation für ehrenamtliche Tätigkeiten, für politische Ämter. Die Wahlbeteiligung und das Interesse an lokalpolitischen Vorgängen nehmen ab.» So neu-lich in der NZZ, unterlegt mit einer ent-sprechenden Studie der Fachhochschule Graubünden.

Nun ist es ja nicht so, dass sich die Ge-meinden der Bedeutung von Informa-tion nicht bewusst wären. Und sie tun auch etwas dagegen: Sie erarbeiten Kommunikationskonzepte, bilden sich medial aus, bespielen ihre Webseiten immer professioneller, geben eigene Dorfzeitungen heraus oder sind in den Sozialen Medien präsent. Und das alles durchaus erfolgreich: Die gemeindeeigenen Lokalblätter – so einfach sie manch-mal auch daherkommen – werden gelesen, die Follower-Zahlen der kommunalen

Social-Media-Accounts steigen und wer etwas über die Gemeinde wissen will, geht zuerst einmal auf ihre Home-page.

Eigentlich alles gut, könnte man meinen. Und erst noch praktisch: Wenn die Gemeinde selbst informiert, ohne sich mit kritischen Lokaljournalisten ausein-andersetzen zu müssen, kann sie auch gleich selbst bestimmen, was die Bürge-rinnen und Bürger zu interessieren hat. So ist es zum Glück nicht: Die Gemein-den wissen, dass es ein Öffentlichkeits-prinzip und einen gesetzlichen Informa-tionsauftrag gibt. Sie wissen, dass früher oder später alles ans Tageslicht kommt – auch das, was man unter den Teppich wischen will. Und vor allem wissen sie eben, dass mit Transparenz und aktiver Information Vertrauen geschaffen und so das «Regieren und Verwalten» wesentlich einfacher und «gröfiter» wird. Zu «Dunkelkammern», wie die NZZ in besagtem Artikel meinte, sind Gemeindebehörden trotz des Rückzugs der Medien aus der kommunalen Welt nicht geworden. Aber es stimmt schon: «Sie verfügen über kei-nen medialen Gegenpart, der als unab-hängiges Korrektiv wirkt.» Die Medien

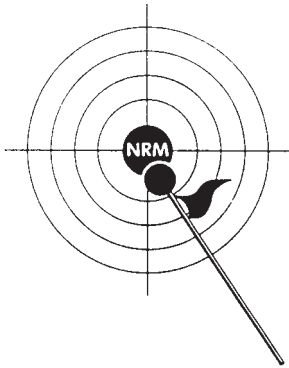
als vierte Gewalt im Staat, die ihre demokratische Wächterrolle wahrnehmen – auf der kommunalen Ebene ist dies vielerorts Geschichte. Es war zwar nicht immer angenehm, manchmal sogar richtig mühsam und zeitaufwändig, sich als Gemeinde mit kritischen Fragen von Journalistinnen und Journalisten auseinandersetzen und medial Rechenschaft ablegen zu müssen. Aber es hat die Behörden und die Verwaltung wachgehalten.

Dass dies in der heutigen Medienrealität kaum mehr funktioniert, ist bedauerlich und kann den Gemeinden nicht gleichgültig sein. Es soll sie aber auch nicht davon abhalten, die entstandenen Lücken verantwortungsvoll und selbstkritisch zu schliessen: Durch eigene Information

und Kommunikation für und mit der Bevölkerung. So tragen sie zum Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern bei, auf den eine zukunftsgerichtete Gemeindepolitik angewiesen ist. Aus der Optik der Medienhäuser mögen die Gemeinden vielleicht die «unterste» Staatsebene bilden. Aus der Perspektive der Bevölkerung ist die Gemeinde aber die erste, auf die sie trifft, wenn sie mit Behörden und Verwaltung in Kontakt tritt. Und das wissen wir ja aus anderen Bereichen der Beziehungspflege: Der erste Eindruck entscheidet.

Ich wünsche Ihnen schöne Festtage und einen guten Start ins neue Jahr.

Daniel Bichsel, Präsident VBG



... der Treffer ins Schwarze!



... gefragt sind leistungsfähige, benutzerfreundliche sowie kostengünstige Lösungen für öffentliche Verwaltungen

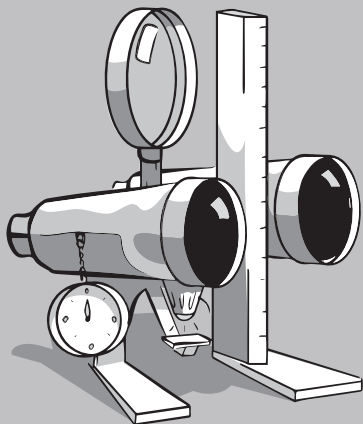
... unser Soft- und Hardware-Angebot deckt Einplatz- wie auch moderne, mehrplatzfähige Cloud-Lösungen ab

... wir beraten und unterstützen

- *Einwohner-, Bürger- und Kirchengemeinden*
- *Schulen, Zweckverbände, Forstbetriebe, ARA, Wasserversorgungen, Wasserbauverbände, Schwellenkorporationen, usw.*

NRM AG, Gewerbestrasse 27, 4512 Bellach, Telefon +41 32 618 10 15
info@nrmag.ch, www.nrmag.ch

Software-Entwicklung, Beratung, Schulung



MANDATUM – sucht und findet

Wir begleiten Ihr Stellenbesetzungsverfahren von A bis Z – prompt, professionell und auf Ihre Unternehmenskultur zugeschnitten.

MANDATUM Verwaltungsmanagement GmbH, Postfach, 3360 Herzogenbuchsee
John Günther, 031 832 44 32, info@mandatum.ch, www.mandatum.ch



ROD TREUHAND

ROD Treuhand AG
Solothurnstrasse 22
3322 Urtenen-Schönbühl
Telefon 031 858 31 11
info@rod.ch

Wir sind der verlässliche Partner für Gemeinden und Unternehmen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen und sorgen dafür, dass Sie sich in Revisions- und Treuhandfragen ausgezeichnet beraten und aufgehoben fühlen.

Wir sind Spezialisten für:

Revision
Stellvertretungen in Verwaltungen
Finanzplanung / Finanzanalyse
Buchführung

www.rod.ch

EDITORIAL DU PRÉSIDENT

Daniel Bichsel, président de l'ACB

Lisez-vous encore des journaux ? En tout cas, vous venez d'ouvrir le présent ACB-Info...

La consommation en matière de médias a radicalement changé ces dernières années. Le traditionnel abonnement au journal régional qui arrivait chaque matin dans la boîte aux lettres a vécu. On peut le regretter ou non. Pour les communes, cela n'a pas d'importance tant que les informations parviennent à la population par d'autres biais. Qu'il s'agisse d'imprimés déposés dans la boîte aux lettres ou d'informations fragmentées en bits et en octets arrivant dans la messagerie électronique, cela n'a aucune importance. L'essentiel, c'est que l'information circule, qu'il y ait un échange entre l'administration et la population, entre les milieux politiques et les citoyens et citoyennes.

Une commune vit des relations qui se développent au sein d'une communauté. Or, vivre une relation n'est possible que si l'on communique. Sans information ni communication, il n'y a pas d'échange possible, pas de compréhension mutuelle et, en fin de compte, aucune confiance.

Depuis que les journaux existent, c'est-à-dire depuis un peu plus de deux siècles, les médias ont eu pour rôle de chercher l'information et de la transmettre au public. Ils se sont intéressés au cadre de vie et au climat de cohabitation dans les communes ; ils les ont parfois aussi remis en question. Aujourd'hui, ce travail n'a plus lieu dans de nombreux endroits. Les journaux locaux ont disparu ou fusionné, leur taille a été réduite, les rédactions sont clairsemées. Depuis peu, la cure d'amaigrissement touche également les canaux d'information électroniques.

Plus inquiétant que le passage des imprimés aux médias numériques est donc qu'il faut s'attendre à ce que les médias quittent de plus en plus vite le monde des communes. Des reportages sur l'assemblée communale ? Tout au plus exceptionnellement, lorsque l'événement s'annoncera animé et particulier. De nouvelles informations de la part du conseil communal ? Pas un mot. Conséquence : « Sans le journalisme local et régional, cette confrontation avec son propre monde n'a plus lieu ; on assiste à une « dépublicisation » de la société. Dans une région, le sentiment d'appartenance à une communauté diminue et

avec lui la motivation à s'investir dans le bénévolat et les fonctions politiques. La participation aux élections et l'intérêt pour la politique locale diminuent ». C'est ce que l'on pouvait lire récemment dans la NZZ, étude de la Haute école spécialisée des Grisons à l'appui.

Pourtant, les communes sont conscientes de l'importance de l'information. Et elles remédient à cette tendance : elles élaborent des concepts de communication, se forment aux médias, alimentent leurs sites web de manière toujours plus professionnelle, publient leurs propres journaux de village ou sont présentes sur les réseaux sociaux. Et tout cela avec succès : les journaux locaux de la commune – aussi simples soient-ils parfois – sont lus, le nombre de followers des comptes communaux sur les réseaux sociaux augmente et quiconque veut avoir une information sur une commune se rend d'abord sur son site Internet.

Tout va bien, pourrait-on penser. Et en plus, c'est pratique : si la commune informe elle-même sans avoir à affronter des journalistes locaux critiques, elle peut tout aussi bien déterminer elle-même ce qui doit intéresser les citoyens et les

citoyennes. Heureusement, ce n'est pas le cas : les communes savent qu'elles doivent satisfaire au principe de publicité et à leur mandat légal d'information. Elles savent que tôt ou tard, tout sera révélé, même ce que l'on souhaiterait dissimuler. Et surtout, elles savent que la transparence et l'information active créent la confiance, ce qui rend la « gouvernance » beaucoup plus simple et plaisante. Même si les médias se retirent du monde communal, les autorités communales ne sont pas devenues des « chambres noires », comme l'affirme la NZZ dans son article. Mais il est vrai qu'« elles ne disposent plus d'un contre-poids médiatique qui agirait comme un correctif indépendant ». Les médias en tant que quatrième pouvoir de l'État – jouant leur rôle de gardiens de la démocratie –, c'est de l'histoire ancienne dans de nombreuses communes. Certes, ce n'était pas toujours agréable, parfois même vraiment pénible et chronophage, de devoir faire face aux questions critiques des journalistes et rendre des comptes dans les médias. Mais cela a tenu les autorités et l'administration en éveil.

Le fait que cela ne soit plus guère possible dans la réalité médiatique actuelle est regrettable et cela ne peut laisser les com-

munes indifférentes. Mais il ne faut pas que ça les empêche de combler les lacunes ainsi créées de manière responsable et autocritique : en informant et en communiquant elles-mêmes pour et avec la population. Elles contribuent ainsi à maintenir un échange avec la population, dont dépend une politique communale tournée vers l'avenir. Du point de vue des journalistes, les communes constituent peut-être le niveau « le plus bas » de l'État. Mais du point de vue de la population, la

commune est le premier niveau auquel elle est confrontée lorsqu'elle entre en contact avec les autorités et l'administration. Et en matière de gestion des relations, nous le savons bien : la première impression est toujours décisive.

Je vous souhaite de chaleureuses fêtes de Noël et vous adresse tous mes vœux pour la nouvelle année.

Daniel Bichsel, président de l'ACB

19. Politforum Thun
7./8. März 2025

«'S ISCH KOMPLIZIERT!»

Steigende Komplexität und sinkendes Staatsvertrauen

Vertrauen ist die wichtigste Währung in der Politik. Umfassende Möglichkeiten der Teilhabe schaffen Vertrauen und sind ein wichtiger Faktor für gesellschaftliche Stabilität. Doch wie steht es aktuell um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat? Können wir noch alle erreichen? Wie erreichen wir z.B. die Uninformierten, die Teilnahmslosen und die Social Media-Kommentierenden? Gefährden Staatsverweigerer unsere Demokratie? Wie gross ist das Problem wirklich?

Am Politforum wollen wir uns einen Überblick verschaffen, eingebettet in die bekannten Erfolgsfaktoren des Politforums Thun: der Gelegenheit zum Austausch, dem Humor und dem einen oder anderen Blick über die Grenzen des Themas hinaus.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann sichern Sie sich jetzt Ihr Ticket für das 19. Politforum Thun.

www.politforumthun.ch oder scannen Sie einfach den QR-Code



WICHTIGE GESCHÄFTE

TOTALREVISION SHG – VERNEHMLASSUNGSEINGABE NACH GEMEINDEUMFRAGE

Gestützt auf die Umfrage bei allen bernischen Gemeinden hat der VBG fristgerecht seine Vernehmlassungseingabe zum SHG eingereicht. Insgesamt haben 183 Gemeinden an der VBG-Umfrage teilgenommen, wobei diese 70 % der Bevölkerung des Kantons Bern repräsentieren. Die detaillierte Eingabe inklusive Auswertung der Gemeindeantworten wurde aufgeschaltet. Speziell zu erwähnen ist, dass nur gerade 18 % der antwortenden Gemeinden den vorgeschlagenen Selbstbehalt unterstützen. 19.1 % der antwortenden Gemeinden lehnen den Selbstbehalt hingegen in der vorliegenden Form ab und 63.4 % der antwortenden Gemeinden sind generell gegen die Einführung eines Selbsthalts. Fazit der Eingabe des VBG ist, dass das totalrevidierte SHG in der Fassung, wie sie von der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) in die Vernehmlassung geschickt wurde, nicht reif ist, um der parlamentarischen Behandlung zugeführt zu werden (97.8% der an der Umfrage teilnehmenden Gemeinden und Städte teilen diese Einschätzung).

Der Entwurf leidet in verschiedenen Bereichen an erheblichen Mängeln. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass er ohne nennenswerten Einbezug der Gemeinden und der Fachverbände erarbeitet wurde – dies, obwohl die Sozialhilfe eine Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden ist, die zwingend gemeinsam entwickelt werden müsste.

Die GSI versucht nun mit Hochdruck und unter Einbezug des VBG und der BKSE innert kürzester Zeit den Entwurf zu überarbeiten. Ob es so gelingen kann, eine ausgewogene und tragfähige Vorlage für die parlamentarische Beratung zu erreichen, ist zurzeit noch offen.

STIMMRECHTSBESCHEINIGUNG BEI INITIATIVEN UND REFERENDEN

In den vergangenen Monaten sind verschiedene Fälle von Fälschungen bei Unterschriftensammlungen für Initiativen und Referenden bekanntgeworden. Die Vorfälle haben sich offenbar vor allem in der Romandie zugetragen. Um besser erfassen zu können, ob, wo und

wie es zu (möglichen) Fälschungsfällen kommt, hat die Bundeskanzlei ein Monitoring gestartet. Dabei sollen die Gemeinden Verdachtsfälle, die ihnen bei der Kontrolle der Unterschriften auffallen, direkt der Bundeskanzlei melden. Den Gemeinden entsteht kein zusätzlicher Kontrollaufwand – die Unterschriftenkontrolle und -beglaubigung erfolgt grundsätzlich unverändert. Einzig sollen die Gemeinden dann, wenn ihnen Unterschriften verdächtig erscheinen, diese Fälle über ein Formular der Bundeskanzlei melden. Die Bundeskanzlei unternimmt dann das Weitere. Das Meldeformular (und die entsprechende Wegleitung) kann unter folgendem Link erreicht werden: <https://findmind.ch/c/meldeformular-verdachtsfaelle-unterschriftensammlung>

KANTONALES BEVÖLKERUNGSSCHUTZGESETZ

Das bisherige Kantonale Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (KBZG) wird neu in ein kantonales Bevölkerungsschutzgesetz (KBSG) und in ein kantonales Zivilschutzgesetz (KZSG) aufgeteilt.

Im neuen KBSG von Interesse für die Gemeinden ist die Verschiebung der Zuständigkeit für die Durchführung der periodischen Schutzraumkontrolle und die Erstellung der Zuweisungsplanung. Diese Aufgaben werden von den Gemeinden neu an den Kanton verschoben. Gleichzeitig wird präzisiert, dass die Gemeinden den Kanton bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützen müssen, da die Gemeinden unter anderem über die erforderlichen Daten und die Kenntnisse vor Ort verfügen. Es geht jedoch nicht darum, Vollzugsaufgaben an die Gemeinden zu delegieren. Neu enthält der Gesetzesentwurf die Grundlage für die Einführung einer obligatorischen Sicherheitsveranstaltung für Schweizerinnen und niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer. Die Wirksamkeit der Veranstaltungen muss jedoch überprüft werden. Aus Gemeindesicht ist dieser Vorschlag insofern unproblematisch, als die Veranstaltungen vom Kanton durchgeführt und finanziert werden.

KANTONALES ZIVILSCHUTZGESETZ

Aus Gemeindesicht ist die Verschiebung der Zuständigkeit für die Ausbildung im

Zivilschutz die wesentlichste Änderung dieser Gesetzesrevision. Die Verschiebung wurde vom VBG (zusammen mit fast allen kommunalen Akteuren und auch den Zivilschutzorganisationen selbst) begrüsst. Im Gesetz aufgenommen wurde die Kritik, dass die Lastenverschiebung, welche durch die Übernahme der Ausbildungszuständigkeit erfolgt, nicht einfach ohne Evaluation pauschal festgelegt werden kann. Der nun geltende Mechanismus sieht vor, dass der Betrag erst dann und nach Rücksprache mit den kommunalen Interessenverbänden festgelegt wird, wenn die Zuständigkeit tatsächlich gewechselt hat (d.h. nach 4 Jahren); zudem kann der Betrag nach einer Evaluationszeitspanne von weiteren 3 Jahren noch korrigiert werden.

KONTAKTGREMIUM PLANUNG – GEMEINDEUMFRAGE UND WEITERE DIALOGVERANSTALTUNGEN

Im September 2024 wurden die Gemeinden wiederum mit einer Umfrage zu den kommunalen Planungsverfahren bedient. Die Fragen der Umfrage sind – mit einigen Anpassungen – mehr oder weniger gleich wie im Jahr 2022.

Damit soll eine möglichst gute Vergleichbarkeit gewährleistet werden. Die Umfrage wird im 4. Quartal 2024 ausgewertet und die Ergebnisse werden voraussichtlich im Dezember 2024 im Kontaktgremium thematisiert werden können. Für März 2025 sind wiederum Dialogveranstaltungen geplant (18.3.2025 in Sonceboz; 26.3.2025 in Burgdorf; 27.3.2025 in Spiez). Die detaillierten Inhalte der Dialogveranstaltungen sind noch nicht bekannt. Es wird aber sicher das Ergebnis der Umfrage zur Sprache kommen.

Im Rahmen der Arbeiten des Kontaktgremiums wird ein neuer Anlauf genommen, um das Vorprüfungsverfahren weiter zu optimieren. Die Idee ist, dass mit verschiedenen Kreisen, die in die Planungsverfahren involviert sind, Gespräche geführt und Verbesserungsvorschläge evaluiert werden (Planungsfachleute / Politik / Wirtschaft/Investoren etc.). Hier wird das Kontaktgremium ebenfalls im Dezember über das weitere Vorgehen befinden.

REVISION EG AHVG – AHV-ZWEIGSTELLEN

Der Kanton bereitet zurzeit eine Revision des kantonalen Einführungsgesetzes zum eidgenössischen AHVG (EG AHVG) vor. Gegenstand der Revision sind vor allem zwei Bereiche: Einerseits die innerkantonale Aufsicht und Organisation (diese hat für die Gemeinden kaum Auswirkungen). Andererseits die AHV-Zweigstellen – dieser Bereich betrifft die Gemeinden sehr direkt, da diese Fachstellen von den Gemeinden geführt werden.

Es ist unbestritten, dass der Kanton Bern heute über zu viele (oft sehr kleine) AHV-Zweigstellen verfügt (es sind ca. 200). Auch sind diese im Vergleich mit anderen Kantonen sehr teuer (wobei ein grosser Teil der Kosten von den Gemeinden zu tragen ist). Zudem werden im Bereich der AHV zunehmend Leistungen digitalisiert und automatisiert. Es ist deshalb absehbar, dass die Anzahl der AHV-Zweigstellen in Zukunft deutlich reduziert wird.

Die Direktion für Inneres und Justiz (DIJ) erarbeitet zurzeit verschiedene

Modelle für eine neue Strukturierung der Zweigstellen. Dabei wird berücksichtigt, dass der Service professionalisiert, gleichzeitig aber auch Lösungen gefunden werden müssen, die die Randregionen angemessen abdecken. Ob sich eine künftige Struktur der AHV-Zweigstellen allenfalls an jene der Sozialdienste anlehnen oder möglicherweise auch anders aussehen könnte, ist noch offen. Die kommunalen Fachverbände sind jedenfalls eng ins Projekt eingebunden und werden transparent informiert. Aus kommunaler Sicht ist wichtig, dass die Zweigstellen auch in Zukunft auf allen nötigen Informationen und Daten (insbesondere auch der AHV) zugreifen können, um die Bevölkerung gut beraten zu können.

VERNEHMLASSUNGEN

Die Stellungnahmen der kommunalen Verbände (VBG / BGK) zu den jeweils aktuellen Themen werden stets umgehend auf der Homepage [begem.ch](https://www.begem.ch/vernehmlassungen) publiziert. <https://www.begem.ch/vernehmlassungen>

LES PRINCIPAUX DOSSIERS EN COURS

RÉVISION TOTALE DE LA LASOC : REMISE DE LA PRISE DE POSITION APRÈS L'ENQUÊTE MENÉE DANS LES COMMUNES

Sur la base de l'enquête menée auprès de toutes les communes bernoises, l'ACB a pu transmettre à temps sa prise de position sur la LASoc soumise en consultation. Au total, 183 communes ont répondu à l'enquête de l'ACB, ce qui représente 70 % de la population du canton de Berne. La prise de position détaillée et l'évaluation des réponses sont en ligne. Il convient de souligner en particulier que seules 18 % des communes qui ont répondu à l'enquête soutiennent la franchise proposée. 19,1 % d'entre elles la rejettent sous cette forme et 63,4 % sont contre l'introduction d'une franchise de manière générale. En conclusion, l'ACB indique dans sa prise de position que le projet de révision totale de la LASoc n'est pas mûr et ne peut pas être transmis au Parlement sous la forme que la Direction cantonale de la santé, des affaires sociales et de l'intégration (DSSI) a envoyée en procédure de consultation (97,8 % des communes et villes ayant répondu partagent cet avis). Le projet présente des lacunes

considérables sur divers points. Cela s'explique surtout par le fait qu'il a été élaboré sans impliquer vraiment les communes et les organisations professionnelles, alors même que l'aide sociale est une tâche conjointe du canton et des communes, qu'ils devraient obligatoirement faire évoluer ensemble.

La DSSI s'efforce à présent de remanier le projet dans les plus brefs délais, avec l'aide de l'ACB et de la BKSE. On ne sait pas encore si cela permettra d'obtenir un projet équilibré et viable pour les débats parlementaires.

ATTESTATION DE LA QUALITÉ D'ÉLECTEUR POUR LES INITIATIVES ET LES RÉFÉRENDUMS

Ces derniers mois, plusieurs cas de falsification lors de la collecte de signatures pour des initiatives et des référendums ont été révélés. Les incidents semblent s'être produits principalement en Suisse romande. Afin de mieux cerner si, où et comment des cas (éventuels) de falsification se produisent, la Chancellerie fédérale a lancé un monitoring. Dès lors, les communes devront lui

signaler directement les cas suspects qu'elles constatent lors du contrôle des signatures. Cela n'entraîne aucune charge supplémentaire pour les communes : le contrôle et la légalisation des signatures se font en principe sans changement. Les communes doivent uniquement signaler les signatures qui leur semblent suspectes à la Chancellerie fédérale via un formulaire. Cette dernière se charge de la suite du travail. Le formulaire de signalement, et les instructions correspondantes, sont disponibles sous : <https://findmind.ch/c/meldeformular-verdachtsfaelle-unterschriftensammlung>

LOI CANTONALE SUR LA PROTECTION DE LA POPULATION

L'actuelle loi cantonale sur la protection de la population et sur la protection civile (LCPPCi) sera à l'avenir divisée en deux actes : la loi cantonale sur la protection de la population (LCPP) et la loi cantonale sur la protection civile (LCPCi).

L'intérêt de la nouvelle LCPP pour les communes est le transfert de la compétence concernant le contrôle périodique

des abris et la planification de l'attribution des habitants et habitantes à un abri. Ces tâches incomberont désormais au canton. Parallèlement, il est précisé que les communes devront soutenir le canton dans l'accomplissement de ces tâches, car elles détiennent notamment les données et la connaissance du tissu local nécessaires à cet effet. Mais l'idée n'est pas de déléguer des tâches d'exécution aux communes. Le projet de loi contient désormais la base pour introduire une séance d'information obligatoire sur la sécurité pour les Suissesses et les personnes étrangères titulaires d'une autorisation d'établissement. L'efficacité de ces séances d'information devra toutefois être évaluée. Cette proposition ne pose pas de problème aux communes dans la mesure où les séances seront organisées et financées par le canton.

LOI CANTONALE SUR LA PROTECTION CIVILE

Du point de vue communal, le principal changement de cette révision est le transfert au canton de la compétence concernant l'instruction en matière de protec-

tion civile. Ce transfert est soutenu par l'ACB (et presque tous les acteurs communaux ainsi que les organisations de protection civile). La loi a intégré la critique selon laquelle la compensation du transfert de charges résultant de la prise en charge de la responsabilité de l'instruction ne peut pas être fixée simplement de manière forfaitaire sans évaluation. Le mécanisme qui s'appliquera à l'avenir prévoit que le montant sera fixé seulement après audition des groupements d'intérêts des communes, lorsque la compétence aura réellement changé de main (c'est-à-dire après quatre ans). En outre, le montant pourra encore être corrigé après une période d'évaluation supplémentaire de trois ans.

GROUPE DE CONTACT AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE : ENQUÊTE AUPRÈS DES COMMUNES ET AUTRES SÉANCES D'INFORMATION ET DE DISCUSSION

Les communes ont reçu une nouvelle enquête sur les procédures de planification communales en septembre 2024. Les questions posées sont plus ou moins les mêmes qu'en 2022, à quelques

détails près. Cela devrait permettre de comparer les résultats obtenus. L'évaluation se déroule durant le quatrième trimestre 2024, de sorte que le groupe de contact pourra probablement discuter des résultats au mois de décembre. D'autres séances d'information et de discussion sont prévues en mars 2025 (18.03.2025 à Sonceboz ; 26.03.2025 à Berthoud ; 27.03.2025 à Spiez). Le programme n'est pas encore connu en détail, mais les résultats de l'enquête seront certainement abordés.

Dans le cadre des travaux du groupe de contact, une nouvelle tentative sera faite pour optimiser davantage la procédure d'examen préalable. L'idée est de mener des discussions avec différents cercles impliqués dans les procédures de planification et d'évaluer les propositions d'amélioration (spécialistes de la planification / milieux politiques / économie / investisseurs, etc.) Le groupe de contact décidera aussi en décembre de la marche à suivre à ce propos.

RÉVISION DE LA LILAVS – AGENCES AVS

Le canton prépare actuellement une révision de la loi portant introduction de la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants (LiLAVS). La révision portera surtout sur deux éléments : d'une part la surveillance et l'organisation intracantonales (cela a peu d'impact sur les communes) ; d'autre part, les agences AVS – cet élément concerne directement les communes puisque ce sont elles qui dirigent ces services spécialisés.

Il est incontestable qu'il y a aujourd'hui trop d'agences AVS (et souvent trop petites) dans le canton de Berne (environ 200). Par rapport à d'autres cantons, elles ont aussi un coût très élevé (dont une grande partie est à la charge des communes). En outre, les prestations dans le domaine de l'AVS sont de plus en plus numérisées et automatisées. Il est donc fort probable que le nombre d'agences AVS diminue drastiquement à l'avenir.

La Direction de l'intérieur et de la justice (DIJ) élabore actuellement des modèles différents pour restructurer les agences. Elle souhaite professionnaliser ces ser-

vices tout en recherchant des solutions pour que les régions périphériques bénéficient aussi d'une couverture appropriée. Il est trop tôt pour dire si la future structure des agences AVS pourrait s'inspirer de celle des services sociaux ou si elle sera différente. Les associations communales sont dans tous les cas étroitement impliquées dans le projet et informées de manière transparente. Du point de vue communal, il est essentiel que les agences puissent continuer à obtenir toutes les données et informations nécessaires (notamment aussi de l'AVS) pour fournir des conseils avisés à la population.

CONSULTATIONS

Les prises de position des associations communales (ACB / CCB) sur les thèmes d'actualité concernés sont toujours publiées immédiatement sur la page d'accueil du site web [begem.ch](https://www.begem.ch) sous : <https://www.begem.ch/vernehmlassungen>.

Sie haben einen personellen Engpass? Wir verleihen Ihnen gerne unsere Profis!

Wir stellen Ihnen erfahrene und qualifizierte Fach- und Führungskräfte für temporäre Einsätze zur Verfügung. Gerne unterstützen wir Sie auch bei der Personalrekrutierung wie auch -einarbeitung. Als kompetenter Partner begleiten wir Sie – professionell, zuverlässig und effizient. Wir sind für Sie da und springen für Sie ein.

Federas berät und unterstützt Institutionen mit öffentlichen Aufgaben.

- **Personalverleih**
- **Personalrekrutierung**
- **Verwaltungsberatung (Organisationsanalyse, Strategien und Leitbilder)**
- **Schulberatung**
- **Rechtsberatung**
- **Workshops, Moderationen, Klausurtagungen**
- **Einzel-, Führungs- und Teamcoachings**
- **Digitalisierung**
- **Nachhaltige Entwicklung**

Federas Beratung AG, info.bern@federas.ch, www.federas.ch

Casinoplatz 2, 3011 Bern, Telefon +41 58 330 05 10

DIGITALE FESTWIRTSCHAFTSBEWILLIGUNG IN SPIEZ: «VERANSTALTENDE WERDEN SCHRITT FÜR SCHRITT DIGITAL GEFÜHRT»

Die Digitale Festwirtschaftsbewilligung ist eine gastgewerbliche Einzelbewilligung für eine Veranstaltung. Diese steht in Spiez allen Veranstalterinnen und Veranstalter zur Verfügung. Sie kann digital effizient über die Website des Kantons Bern ausgefüllt und eingereicht werden. Ein Ausdruck entfällt. Das Interview dazu mit Mario Altweg aus der Gemeinde Spiez.

INTERVIEW MIT MARIO ALTWEGG, ABTEILUNGSLEITER STV. SICHERHEIT SPIEZ

Digital News: Was ist eine gastgewerbliche Einzelbewilligung?

Mario Altwegg: Eine gastgewerbliche Einzelbewilligung ist eine Festwirtschaftsbewilligung, die vom zuständigen Regierungsstatthalteramt für eine bewilligungspflichtige Veranstaltung, wie zum Beispiel ein Musikfestival, ein Turnfest oder ein grösseres Quartierfest erteilt wird.

Wie hoch sind die Hürden, um diese (neu: digitale) Bewilligung einzuholen?

Seit kurzem kann eine Festwirtschaftsbewilligung über die Website des Kan-

tons Bern online ausgefüllt und zusammen mit den erforderlichen Unterlagen eingereicht werden. Ein Ausdruck wie früher entfällt. Die Unterlagen werden anschliessend direkt an die Standortgemeinde und schliesslich an das Regierungsstatthalteramt zur Bewilligungserteilung weitergeleitet.

Für wen ist das Digitale Gesuch vor allem gedacht?

Ist die Standortgemeinde (wie Spiez) an der Applikation angeschlossen, steht das digitale Gesuchsverfahren allen Veranstalterinnen und Veranstaltern zur Verfügung.

Welche Erleichterung ist das Verfahren für Gesuchstellende?

Gesuchstellende werden Schritt für Schritt durch das digitale Verfahren geführt. Je nach Art der Veranstaltung werden automatisch weitere Formulare – alle digital auszufüllen – verlangt. An den entsprechenden Stellen finden die Benutzerinnen und Benutzer Hinweise zur korrekten Erstellung einer Getränkekarte oder nützliche Weiterleitungen an das Kantonale Laboratorium oder an den Jugendschutz Bern.

Was finden Sie persönlich positiv an der Einführung des neuen Systems?

Dies ist ein weiterer erfolgreicher Schritt in Richtung Digitalisierung. Und: Das Gesuch um gastgewerbliche Einzelbewilligung kann erst übermittelt werden, wenn die erforderlichen Angaben vorliegen.

Weshalb ist die Gemeinde Spiez dabei?

Wir pflegen eine gute Zusammenarbeit mit dem Regierungsstatthalteramt Frutigen-Niedersimmental und wurden angefragt, ob wir die Einführung in unserer Gemeinde unterstützen möchten.

Wie ist die Einführung verlaufen?

Das System ist einfach und verständlich aufgebaut. Die Einführung verlief mit der durchgeführten Testphase ohne Probleme. Dabei wurden auch unsere Wünsche berücksichtigt.

Was ändert sich in Ihrem Alltag?

Grundsätzlich ändert sich an unserer täglichen Arbeit nicht viel. Anstelle der Papierformulare erhalten wir eine E-Mail, dass das Gesuchsformular online geprüft und weitergeleitet werden kann. Dadurch verläuft der Prozess schneller.

Gibt es auch kritische Punkte zum digitalen Antrag?

Im Moment reichen noch wenige Veranstalterinnen und Veranstalter ihre Gesuche digital ein. Ich bin aber überzeugt, dass die Zahl der Gesuche zunehmen wird.

Welche weiteren Digitalisierungsschritte wünschen Sie sich seitens Regierungsstatthalterämter?

Im Bereich des Gastgewerbes könnten aus Sicht der Gemeinde die Gesuche um Betriebsbewilligung im Gastgewerbe sowie die Gesuche um Überzeitbewilligung ebenfalls digitalisiert werden.

Für Rückfragen:

Direktion für Inneres und Justiz des Kantons Bern

Michael Imboden, Projektleiter

Digitalisierung RSTA

E-Mail: michael.imboden1@be.ch

Verwaltungsorganisation von A bis Z

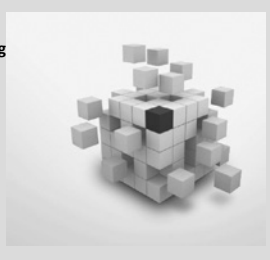
All unsere gewohnten Angebote...

- ❖ Archiv und Geschäftsverwaltung
- ❖ Beratung und Coaching
- ❖ Stellvertretungen

...und unsere *NEUEN* Angebote...

- ❖ Arbeitssicherheit mit safely
- ❖ eTodesfall

...unter www.abplanalp.ch



Abplanalp Ramsauer AG
Verwaltungsorganisation
Langnaustrasse 15
3533 Bowil

+41 31 710 10 55
info@abplanalp.ch
www.abplanalp.ch
www.archiv.ch



Die einfachste Schweizer GEVER für Gemeinden



- ✓ Automatisch archivieren
- ✓ Ihre Daten sicher gehostet im Kanton Bern
- ✓ Mail-Flut eindämmen
- ✓ Einfach mit Externen zusammenarbeiten
- ✓ Elektronische Aktenauflage
- ✓ Operative Gemeinderäte einbinden
- ✓ DVG und DVV des Kantons Bern
(seit März 2023 in Kraft) rasch erfüllen

Bitte QR-Code scannen für kostenlose Web-Demo
+41 44 244 48 50 | bernergemeinde@egeko.ch



DEMANDE D'ÉTABLISSEMENT OCCASIONNEL À SPIEZ: «LES PERSONNES REQUÉRANTES SONT GUIDÉES TOUT AU LONG DU PROCESSUS NUMÉRIQUE»

L'autorisation numérique d'établissement occasionnel est une autorisation unique en matière d'hôtellerie et de restauration. Elle est ouverte à l'ensemble des organisatrices et des organisateurs d'événements à Spiez. La demande peut être remplie et déposée efficacement par voie numérique sur le site Internet du canton de Berne. Il n'est pas nécessaire de l'imprimer. Interview de Mario Altweg, de la commune de Spiez.

INTERVIEW DE MARIO ALTWEGG, RESPONSABLE ADJOINT DU SERVICE DE LA SÉCURITÉ DE SPIEZ

L'Actu du numérique : Qu'est-ce qu'une autorisation d'établissement occasionnel ?

Mario Altwegg : Une autorisation d'établissement occasionnel est une autorisation unique en matière d'hôtellerie et de restauration qui est délivrée par la préfecture compétente pour une manifestation soumise à autorisation : par exemple un festival de musique, une fête de gymnastique ou une grande fête de quartier.

Quels sont les obstacles à l'obtention de cette autorisation (désormais numérisée) ?

Depuis peu, il est possible de remplir en ligne une demande d'établissement

occasionnel sur le site Internet du canton de Berne et de la soumettre avec les documents requis. L'impression n'est plus nécessaire. Les documents sont transmis directement à la commune concernée, puis à la préfecture pour l'octroi de l'autorisation.

Pour qui la demande numérique a-t-elle été conçue ?

Si la commune concernée (en l'occurrence Spiez) est connectée à l'application, la demande numérique est ouverte à l'ensemble des organisatrices et des organisateurs.

En quoi la procédure facilite-t-elle la tâche des personnes requérantes ?

Elles sont guidées tout au long de la procédure numérique. Selon le type de manifestation, d'autres formulaires sont automatiquement proposés qui sont tous numérisés. Les utilisatrices et utilisateurs trouvent des indications sur la manière d'établir correctement une carte des boissons et sont aiguillés vers le Laboratoire cantonal ou la Protection de la jeunesse de Berne.

Quels sont à votre avis les côtés positifs de ce nouveau système ?

C'est une nouvelle étape réussie vers la numérisation. En outre, il n'est plus possible de déposer une demande d'autorisation unique qui n'est pas entièrement remplie.

Pourquoi la commune de Spiez est-elle partie prenante ?

La collaboration avec la préfecture de Frutigen-Niedersimmental est bonne. Nous avons été sollicités pour soutenir l'introduction de la demande numérique dans notre commune.

Comment s'est passée l'introduction ?

Le système est conçu de manière simple et cohérente. L'introduction s'est déroulée sans accroc grâce à la phase de test effectuée. Nos besoins ont été pris en compte.

Qu'est-ce qui change pour vous au quotidien ?

Fondamentalement, cela ne change pas grand-chose à notre travail. Au lieu du formulaire papier, nous recevons un courriel nous informant qu'une demande est prête à être vérifiée et transmise en ligne. Le processus est plus rapide.

Existe-t-il des points critiques concernant la demande numérique ?

Pour l'instant, la voie électronique est encore peu utilisée par les organisatrices et les organisateurs. Je suis toutefois convaincu que le nombre de demandes numériques va augmenter.

Quelles autres étapes de numérisation souhaiteriez-vous voir franchies par les préfectures ?

Pour ce qui est du secteur de l'hôtellerie et de la restauration, la commune estime que la demande d'autorisation d'exploiter un établissement d'hôtellerie et de restauration ainsi que la demande d'autorisation de dépassement d'horaire pourraient également être numérisées.

Renseignements :

Direction de l'intérieur et de la justice
du canton de Berne

Michael Imboden, chef de projet pour
la numérisation des préfectures

Courriel : michael.imboden@be.ch

Herausforderungen im Alltag? Wir bieten Ihnen ganzheitliche Lösungen aus einer Hand.

Seit 1997 unterstützen wir als neutraler Beratungsdienstleister schweizweit Bauherren und Liegenschaftsverwalter im Facility Management.

Unsere fundierte Expertise ermöglicht massgeschneiderte Lösungen für Entwicklung, Planung, Realisierung und Implementierung von FM-Leistungen entlang der SIA-Phasen bei Neu- und Bestandsbauten.

Mit unserem interdisziplinären Ansatz im planungs- und baubegleitenden Facility Management (pbFM) schliessen wir die Lücke zwischen Baufertigstellung und Betriebsaufnahme.

Unsere Kernkompetenzen sind Ihr NUTZEN.



- Planungs- und baubegleitendes Facility Management (pbFM)
- Kommunalbetriebskonzepte für Hausmeister-/ Werkhof- und Kommunalbetriebe
- Submissionen / Ausschreibungen
- Reinigungs- und Grünanlagenprojekte
- Datenerhebung / Katalogisierung
- Qualitäts-Audits

Wollen Sie uns besser kennenlernen?

Cleangreen Consulting GmbH | mail@cleangreen.ch | www.cleangreen.ch

Untere Grabenstrasse 26 | 4800 Zofingen | ☎ +41 31 832 10 30

«SHARED MOBILITY BOOSTER» – FÜR MEHR GETEILTE MOBILITÄT IN STÄDTEN UND GEMEINDEN



Im Mai 2024 hat die Mobilitätsakademie des TCS die Website «Shared Mobility Booster» lanciert. Sie soll Gemeinden dabei unterstützen, passende Angebote der geteilten Mobilität zu finden, zu planen und zu realisieren.

Shared Mobility-Angebote sind in immer mehr Schweizer Städten und Gemeinden als Teil eines nachhaltigen Mobilitätsangebots gefragt. Während die geteilte Mobilität in grösseren Städten bereits zum Alltag gehört, ist die Planung und Umsetzung in kleineren Gemeinden schwieriger. Für die Angebotsentwicklung ist eine aktive Rolle der Gemeinde und weiterer lokaler Akteure gefragt. Aber auch im ländlicheren

Raum können Shared Mobility-Angebote die Verkehrskonzepte bereichern und die Mobilität verbessern. Angesichts des noch jungen Marktes und der Eigenheiten der einzelnen Geschäftsmodelle ist es häufig aber nicht einfach, den Überblick zu behalten und konkrete Massnahmen zu planen.

Genau hier setzt das Programm «Shared Mobility Booster» an, welches die Mobilitätsakademie des TCS zusammen mit der Schweizer Allianz für kollaborative Mobilität CHACOMO im Mai 2024 lanciert hat. Welche Chancen bietet die geteilte Mobilität und welches sind die Herausforderungen? Wie können sich Städte und Gemeinden zu diesem Thema informieren und sich einen Überblick über die bestehenden Angebote verschaffen? Der «Shared Mobility Booster» bietet Beratung, Know-how und innovative Ansätze, um das Teilen von Fahrzeugen, Fahrten und Infrastrukturen voranzubringen. Mit Grundlagen, Best Practice-Beispielen, Analysetools, Beratungsleistungen und einer anbieterübergreifenden Koordination soll das Programm Wissen vermitteln und Gemeinden und Regionen konkrete Umsetzungshilfen bei der Angebots-

entwicklung und der lokalen Verankerung bieten. Die Website sharedmobilitybooster.ch bietet Gemeinden einen ersten Überblick über die Shared Mobility-Landschaft der Schweiz, wichtige Kennzahlen und die Möglichkeit, ein persönliches Coaching zu buchen.

WAS DIE WEBSITE BIETET

Grundlagen und Best Practices

Der Menüpunkt «Grundlagen» auf der Website des «Shared Mobility Booster» bietet einen umfassenden Überblick über die geteilte Mobilität in der Schweiz. Es erklärt, was Shared Mobility bedeutet, welchen Beitrag sie zu einem nachhaltigen Mobilitätskonzept leisten kann und welche Angebote es auf dem Markt gibt. Neben einer Marktübersicht stehen auch Grundlagendokumente, Argumentarien und hilfreiche Links zur Verfügung.

Zudem werden Praxisbeispiele von erfolgreich eingeführten und betriebenen Shared Mobility-Angeboten und Ansätzen zur Förderung der geteilten Mobilität dokumentiert. Diese «Best Practices» zeigen bewährte Ansätze für

die Einführung solcher Angebote, liefern konkrete Beispiele und fördern den Austausch von Know-how sowie die Vernetzung zwischen den Gemeinden im Bereich der Shared Mobility.

Angebote und Anbieter

Der Shared Mobility-Markt in der Schweiz ist sehr vielseitig und wächst dynamisch. Die Angebotsdatenbank bietet eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Dienste und erleichtert den Überblick über die bereits verfügbaren Lösungen in der Schweiz. Mit den praktischen Filterfunktionen können Angebote gezielt nach Segmenten, Anbietern, Anwendungsfällen oder Mobilitätswerkzeugen durchsucht werden.

Coaching-Angebot – Online-Analyse und persönliche Beratung

Mit dem Analysetool auf der Booster-Website können sich Interessierte darüber informieren, welche Angebote in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde bereits vorhanden sind, welche sich für die jeweilige Gemeinde eignen würden und wie es in vergleichbaren Gemeinden aussieht. Über die Analyseseite kann direkt ein persönliches Beratungsgespräch gebucht werden. Die Shared

« SHARED MOBILITY BOOSTER » – POUR PLUS DE MOBILITÉ PARTAGÉE DANS LES VILLES ET LES COMMUNES



En mai 2024, l'Académie de la mobilité du TCS a lancé le site « Shared Mobility Booster ». Il a pour but d'accompagner les communes dans la recherche, la planification et la mise en œuvre d'offres de mobilité partagée adaptées.

Les services de mobilité partagée sont demandés dans de plus en plus de villes et de communes suisses dans le cadre d'une offre de mobilité durable. Alors que la mobilité partagée fait déjà partie de la vie quotidienne dans les grandes villes, la planification et la mise en œuvre sont plus difficiles dans les petites municipalités. Un rôle actif de la municipalité et des autres acteurs locaux est nécessaire afin de développer ces services.

Mais les offres de mobilité partagée peuvent également enrichir les concepts de transport et améliorer la mobilité dans les zones plus rurales. Cependant, compte tenu du marché encore récent et des particularités des différents modèles d'affaires, il n'est souvent pas facile de s'y retrouver et de planifier des mesures concrètes.

C'est exactement là qu'intervient le programme « Shared Mobility Booster », lancé en mai 2024 par l'Académie de la mobilité du TCS en collaboration avec l'Alliance suisse pour la mobilité collaborative CHACOMO. Quelles sont les opportunités offertes par la mobilité partagée et quels sont les enjeux ? Comment les villes et les communes peuvent-elles s'informer à ce sujet et avoir une vue d'ensemble des offres existantes ? Le « Shared Mobility Booster » propose des conseils, des savoir-faire et des approches innovantes pour faire progresser le partage de véhicules, de trajets et d'infrastructures. À l'aide de documents de base, d'exemples de bonnes pratiques, d'outils d'analyse, de services de conseil et d'une coordination inter-prestataires, le programme vise à transmettre des connaissances et à offrir aux communes et aux

régions une aide concrète à la mise en œuvre du développement de l'offre et de son implantation locale. Le site web sharredmobilitybooster.ch offre aux communes un premier aperçu du paysage suisse de la mobilité partagée, des chiffres clés et la possibilité de réserver un coaching personnel.

CE QUE PROPOSE LE SITE WEB

Principes de base et meilleures pratiques

Le menu « Les essentiels » du site « Shared Mobility Booster » offre un aperçu complet de la mobilité partagée en Suisse. Il explique ce qu'est la mobilité partagée, quelle contribution elle peut apporter à un concept de mobilité durable et quelles sont les offres disponibles sur le marché. En plus d'une vue d'ensemble du marché, des documents de base, un argumentaire et des liens utiles sont également disponibles.

En outre, des exemples pratiques de services de mobilité partagée existants et exploités avec succès et des approches visant à promouvoir la mobilité partagée sont documentés. Ces « bonnes pratiques » montrent des façons de faire éprouvées

pour la mise en place de tels services, fournissent des exemples concrets et favorisent l'échange de savoir-faire et la mise en réseau entre les communes dans le domaine de la mobilité partagée.

Offres et prestataires

Le marché de la mobilité partagée en Suisse est très diversifié et connaît une croissance dynamique. La base de données des offres fournit une description détaillée des différentes prestations et permet d'avoir un aperçu des solutions déjà disponibles en Suisse. Grâce aux fonctions de filtrage pratiques, les offres peuvent être recherchées de manière ciblée par segments, fournisseurs, cas d'utilisation ou outils de mobilité.

Offre de coaching – analyse en ligne et conseils personnalisés

Grâce à l'outil d'analyse sur le site web du Booster, les personnes intéressées peuvent apprendre quels services sont déjà disponibles dans la ville ou la commune concernée, lesquels conviendraient à la commune concernée et quelle est la situation dans des communes comparables. La page d'analyse permet de réserver directement un entretien de conseil personnalisé. Les

coachs en mobilité partagée rassemblent les données, les évaluent et formulent des recommandations d'action pour la commune demandeuse.

Le canton de Berne, en collaboration avec les cantons de Fribourg, Genève et Zurich, est partenaire du programme et invite ses communes et villes à bénéficier de services de conseil et de coaching gratuit.

Le « Shared Mobility Booster » est soutenu par SuisseEnergie et l'association CHACOMO – Swiss Alliance for Collaborative Mobility.

Plus d'informations :
www.sharedmobilitybooster.ch

Contact :
info@sharedmobilitybooster.ch



previs 
Prévoyance

Quand le partenariat suscite la confiance

Previs Prévoyance convainc par une offre de prévoyance flexible, un suivi personnalisé de la clientèle et une qualité de service de premier ordre.

Un partenariat établi depuis des décennies lie l'Association des communes bernoises ACB et Previs Prévoyance.

www.previs.ch

PORTRÄT DER GEMEINDE ADELBODEN



HERZLICH WILLKOMMEN IN ADELBODEN

Adelboden ist eine der am schönsten gelegenen Ortschaften im Berner Ober-

land, auch bekannt durch das Winter-sportgebiet «Adelboden-Lenk dänk» mit den alljährlich stattfindenden FIS-Weltcup-Rennen. Bekannt aber auch durch viele kulturelle Anlässe, wie das Swiss Chamber Music Festival oder klassische Konzerte in der Dorfkirche.

Die Einwohnergemeinde Adelboden liegt im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental am Ende des Engstligentals. Die Engstligen ist ein Nebenfluss, sie entspringt auf der bekannten Engstligenalp und mündet bei Frutigen in die Kander.



Mitten in einer eindrucklichen Bergwelt liegt Adelboden auf 1'350 Metern über Meer eingebettet. Malerische Chalets mit bunt leuchtendem Blumenschmuck, Glockenklänge von weidendem Vieh und wohlriechende Alpweiden bereichern die ganze Ambiance des Dorfes und seiner Umgebung. Im Winter beherrschen die schneebedeckten Berge und Skihänge, die verschneiten Häuser und Bäume das Ortsbild. Über den Hahnenmoospass gelangt man direkt an die Lenk im Simmental, über die Bonderchrinde nach Kandersteg und über den Furggisattel ins Fermeltal.



Adelboden hat eine gesunde Mischung aus den wichtigsten Wirtschaftsträgern



der Schweiz: Landwirtschaft, Gewerbe und Tourismus, welche das Haupteinkommen unserer Bevölkerung ausmachen. Die Gäste jeder Altersgruppe finden bei uns Ruhe und Erholung in einer idyllischen Berglandschaft. Auch die sportlichen Besucher*innen können bei uns und in der Umgebung von einem reichen Angebot diverser Aktivitäten profitieren (Ski-, Snowboard-, Langlauf-, Wander- und Bergsport, Curling, Eisstockschiessen, Eislauf, Eishockey, Indoor-Klettern, Bouldern, Bowling, Tennis, Panorama-Schwimmbad, Bike-Wanderwege, Wellness), um nur einige zu erwähnen.

Die Besichtigung der aus dem 15. Jahrhundert stammenden Dorfkirche und des Heimatmuseums oder der Durchstieg der Cholerenschlucht oder ein gemütlicher Spaziergang durch die Dorfstrasse mit Einkehr in die vielfältigen Geschäftsbetriebe helfen mit, den Besuch in unserer Gemeinde zum unvergesslichen Erlebnis zu machen.

Auch kulinarisch hat Adelboden einiges zu bieten. Die Unterkunftsangebote reichen von Hotels und Pensionen über Ferienhäuser und -wohnungen, Gruppen-

unterkünften, Campingplätzen bis «Schlafen im Stroh».

GEMEINDEORGANISATION

Die Stimmberechtigten beschliessen Geschäfte ab CHF 200'000.00 an der Gemeindeversammlung sowie ab CHF 2'000'000.00 an der Urne. Der Gemeinderat besteht mit seinem Präsidenten aus 7 Mitgliedern. Er tagt im Drei-Wochen-Rhythmus. Seit 01.01.2024 ist die Geschäftsleitung aktiv, welche aus Gemeinderatspräsident*in, Gemeindeschreiber*in und Finanzverwalter*in besteht.



Die Gemeindeverwaltung umfasst die Abteilungen Gemeindeschreiberei, Bau- und Finanzverwaltung. Insgesamt werden rund 40 Mitarbeitende beschäftigt und in den Berufen «Kaufrau/Kaufmann» und «Fachmann/Fachfrau Betriebsunterhalt» werden Lernende ausgebildet.

ZAHLEN, FAKTEN, DATEN

Gemeindefläche	88 km ² , 41 ha 80 a
Gemeindegrenze	ca. 45 km
Höchster Punkt	3242 m (Grossstrubel)
Tiefster Punkt	1045 m (Einmündung Otterebach in Engstlige)
Einwohner/innen	3'445 (inkl. Ausländer/innen)
Stimmberechtigte	2'658
Anzahl Wohnungen	ca. 4400
Davon	
Zweitwohnungen	ca. 2900
Betten	
Ferienwohnungen	ca. 9800
Hotelbetten	ca. 1500



DIGITALES ADELBODEN

An der Dorfstrasse in Adelboden bieten Fachgeschäfte ausgewählte traditionelle Produkte und Spezialitäten, praktische Dienstleistungen und hohe Servicequalität an. Dieses hochwertige Angebot steht Gästen und Einheimischen mit der digitalen Dorfstrasse rund um die Uhr zur Verfügung. Im Webshop (www.digitaldorfstrasse.ch) können Kund*innen Lebensmittel, Souvenirs und auch Dienstleistungen online bestellen und völlig flexibel beziehen. Die bestellten Produkte können an folgenden verschiedenen Standorten abgeholt werden:

- in der Vogellisi-Welt am Dorfplatz täglich von 14.00 bis 22.00 Uhr

- zu jeder Tages- und Nachtzeit in einer der beiden Abholboxen
- an die Haustür in Adelboden mehrmals täglich frisch geliefert
- oder per Postversand in die ganze Schweiz (bitte beachte Frischprodukte, wie Fleisch- und Milchprodukte können zum Teil nicht per Post versendet werden)

Mit der App «My Local Services» sind die Einwohner*innen und Gäste rundum über die aktuellen Infos, die Abfuhr routen, Strassensperrungen, Events etc. der Gemeinde Adelboden informiert. Zudem können Verbesserungsvorschläge, Meldungen über Schäden an der öffentlichen Infrastruktur oder Lob direkt an die Gemeinde gerichtet werden.



INTERVIEW MIT GEMEINDERATSPRÄSIDENT WILLY SCHRANZ



Was macht Adelboden für Sie ganz persönlich besonders lebenswert?

Die Natur, Land und Leute und die Mischung zwischen modernem Feriort mit top Infrastruktur und attraktiven Wohn- und Arbeitsort.

Welches ist Ihr ganz persönlicher Lieblingsort in Adelboden?

Der «Schwandfäldspitz» ist ja bekanntlich der Ort, wo die Aussicht erfunden wurde. Dort hat man einen wunderbaren Ausblick auf das Bergpanorama aber auch auf unser Gemeindegebiet.

Gibt es ein Projekt, das Ihnen als Gemeinderatspräsident speziell am Herzen liegt?

Das Projekt «Stopp Abwanderung» wo wir als Arbeitsgruppe gemeinsam Massnahmen erarbeiten und nun umsetzen durften, um der Abwanderung entgegenzuwirken, bedeutet mir sehr viel.

In welchen Bereichen arbeitet die Gemeinde Adelboden mit den Nachbargemeinden zusammen und wie funktioniert diese Zusammenarbeit?

Wir arbeiten in den Bereichen Soziales, Zivilschutz, Kulturförderung, Forst- und Wald, Schulsozialarbeit, Musikschule und ab 01.01.2026 auch mit einer regionalen Bauverwaltung mit anderen Gemeinden zusammen. Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut und es können so wichtige Dienstleistungen angeboten werden, ohne dass jede Gemeinde dies einzeln machen muss.

Was an Ihrem politischen Amt macht Ihnen am meisten Freude, was empfinden Sie eher als Last?

Freude bereitet mir, wenn wir Projekte umsetzen können, die unsere Gemeinde weiterbringen und einen Mehrwert für unsere Bürger*innen schaffen.

Ich erachte es als eine Belastung Anliegen von Bürger*innen zu bearbeiten, die auf Grund der gesetzlichen Grundlagen nicht auf unserer kommunalen Ebene angegliedert sind.

Wenn Sie beim Kanton einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich für Adelboden wünschen?

Eine nicht von Jahr zu Jahr zunehmende Flut an unnötiger Bürokratie sowie die Einhaltung von Fristen für die Bearbeitung von Anfragen oder Gesuchen die für beide Seiten verbindlich ist und nicht nur einseitig.



Finances Publiques
AG für öffentliche Finanzen und Organisation

Die FP Finances Publiques AG unterstützt

**Städte | Gemeinden | Burgergemeinden | Kirchgemeinden |
Gemeindeverbände | weitere Körperschaften**

mit den Dienstleistungen

**Beratung | Projektleitung | Rechnungsprüfung |
Stellvertretungseinsätze | Verwaltungsführung**

Gerne sind wir auch für Sie da!



FP Finances Publiques AG für Finanzen und Organisation | Langnaustrasse 15 | 3533 Bowil | Tel. 031 711 03 04 | info@fpag.ch | www.fpag.ch

VERANSTALTUNGSHINWEISE / MANIFESTATIONS 2025

Politforum Thun	7./8.03.2025	Thun
HV Verband Bernische AHV- Zweigstellenleiterinnen und -leiter Assemblée générale de l'Association Bernoise des Agents AVS	16.05.2025	Thun
HV Bernisches Gemeindegader BGK Assemblée générale des cadres des communes bernoises CCB	06.06.2025	Magglingen
HV Verband Bernischer Gemeinden Assemblée générale de l'Association des Communes Bernoise	20.06.2025	Kirchberg
HV Verband Bernischer Steuer- verwalterin-nen und Steuerverwalter	22.08.2025	noch offen



Gemeindearchive

Archivorganisation

Ordnungssysteme

Digitale Geschäftsverwaltung GEVER

ARCHIVDATEN.CH archivdaten.ch GmbH Schulhausstrasse 18 3086 Zimmerwald info@archivdaten.ch www.archivdaten.ch Tel. 031 819 05 05

Ihre Beschaffungsspezialisten für öffentliche Ausschreibungen



Mit unserer Erfahrung aus über 200 öffentlichen Verfahren unterstützen wir Sie in Ihrer nächsten Ausschreibung.

Ob Baudienst- oder Werkleistungen – effekt7 ist Ihr beschaffungsrechtlicher Sparringpartner.

Von der Strombeschaffungsstrategie bis zur Stromeindeckung – effekt7 ist Ihr Partner rund um das Thema Strom.



effekt7.ch | hallo@effekt7.ch | +41 76 297 42 43

**DER VBG WÜNSCHT
IHNEN FROHE FESTTAGE UND
EIN GUTES NEUES JAHR!**



**L'ACB VOUS SOUHAITE À TOUS
UN JOYEUX NOËL ET VOUS PRÉSENTE
SES MEILLEURS VŒUX POUR UN ANNÉE
2025 HEUREUSE ET PROSPÈRE !**

N | I | M | C

Ganzheitliche Strategie- und Projektentwicklung für Mensch und Raum

Ihre Herausforderungen

Projekte müssen dringend umgesetzt werden – Ihnen fehlt die Zeit, das Knowhow oder Sie sind selbst betroffen und brauchen eine Aussensicht. Sie müssen Kosten reduzieren, Erträge steigern und/oder haben einen hohen Investitionsdruck. Die Lösungen dazu bedingen einen breit abgestützten Konsens, welcher mehr Partizipation und damit verbunden neue Kompetenzen der Behördenmitglieder und Mitarbeitenden fordert.



Jürg Marti
Betriebsökonom FH,
Geschäftsführer der
MMC Partners GmbH

Ehemaliger Gemeindepräsident
von Steffisburg, Grossrat des
Kantons Bern und ehemaliges
Mitglied im Vorstand des
Schweizerischen Gemeinde-
verbands

Unsere Motivation und Leistungen

Gemeinsam erarbeiten wir Strategien/Konzepte und Massnahmen, setzen neue Strukturen, nachhaltige Kooperationen oder eine Fusion um. Wir arbeiten an einer wertorientierten Führung, effizienten Organisation und einem optimalen Personalmanagement.

Gemeinsam setzen wir uns mit der räumlichen Entwicklung Ihrer Gemeinde auseinander; mit einer weitsichtigen Ortsplanung, aktiven Bodenpolitik (u.a. Arealentwicklung und Verfahrensbegleitung) sowie Standort- und Wirtschaftsförderung werden neue Impulse dazu gegeben.

Ihre Immobilien richten wir nach der optimalsten Nutzung und Wirtschaftlichkeit (Kosten-Nutzen/Ertrag) aus und begleiten Sie bei Planungs- und Realisierungsprozessen, Transaktionen sowie Transformationen (Ersatz, Sanierung, Erweiterung etc.).



Bruno Marti
Architekt FH, Mitglied der
Geschäftsleitung der
MMC Partners GmbH

Ehemaliger Leiter
Hochbau/Planung bei der
Gemeinde Steffisburg

DIALOG⁶

Ihre Mitarbeitenden werden es lieben.



Wechseln Sie nicht mehr zwischen verschiedenen Programmen.

Wir bieten die integrierte Gesamtlösung.



Lassen Sie sich in Ihrer Mobilität nicht mehr einschränken.

Wir bieten maximale Geräteunabhängigkeit.



Fühlen Sie sich sicher und vertrauen Sie uns.

Wir tragen Sorge zu Ihren Daten.



Behalten Sie den Überblick.

Wir bieten eine moderne Benutzeroberfläche.



My Local Services

Die App für Gemeinden
und deren lokale Akteure.

